

Riedstadt, 19.06.2023

IG Straßenbeiträge Riedstadt gratuliert Trebur

Auch die Stadt Trebur hat Straßenbeiträge abgeschafft

Die IG Straßenbeiträge Riedstadt gratuliert der Gemeindevertretung der Stadt Trebur, die Anfang Juni einen Antrag der Freien Wähler, Straßenbeiträge abzuschaffen, ohne große Aussprache zugestimmt hat. Damit hat die Gemeindevertretung für die betroffenen Anwohner ein deutliches Signal von Bürgernähe gezeigt. Im Kreis Groß-Gerau sind es nunmehr nur noch 3 Kommunen, die Straßenbeiträge erheben.

Eine dieser Kommunen ist Riedstadt. Auch da gab es auf Antrag der BfR und SPD einen Antrag, Straßenbeiträge ab 2024 abzuschaffen. Leider haben sich bei dieser Abstimmung die Freien Wähler für die Beibehaltung der Straßenbeiträge ausgesprochen, obwohl der Zeitpunkt für eine Abschaffung nicht besser hätte sein können. Hat das VG Darmstadt in einem Beschluss Ende 2022 doch festgestellt, dass zumindest die Beitragssatzung keine Rechtskraft erlangt hat und hat es auch dahinstehen lassen, ob die Satzung über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge wirksam ist. Riedstadt steht damit mit dem Thema Straßenbeiträge wieder ganz am Anfang, hat sich aber entschieden, Straßenbeiträge beizubehalten und eine neue Beitragssatzung erarbeiten zu lassen. Obwohl der Widerstand gegen Straßenbeiträge erheblich ist, ist der Bürgermeister Kretschmann wohl nicht daran interessiert, dass in Riedstadt wieder Frieden einkehrt, sondern nimmt für die Erarbeitung einer neuen Beitragssatzung erneut erhebliches Geld in die Hand, Geld das der Haushalt an anderer Stelle besser verwenden könnte. Warum die Mehrheit der Riedstädter Stadtverordneten dieses Verwaltungsmonster „Straßenbeiträge“ zulässt, ist unverständlich.

Die mutige Entscheidung der Gemeindevertreter von Trebur sollte alle Entscheidungsträger, auch in Riedstadt, zum Anlass nehmen, erneut darüber nachzudenken, wie ein Weg zu finden ist, der alle Bürgerinnen und Bürger in Flächengemeinden gleichbehandelt, gleich ob Eigentümer oder Mieter. Nur so, ist das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität unter den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken.